

## **KGW's Rundschreiben**

### **Deutschland in Europa und der Welt**

Der 25-köpfige **EZB**-Rat (Europäische Zentralbank) wird ab November von der neuen Chefin Christine Lagarde geleitet. Mit ihr der wichtigste Berater für die Juristin ist Philip Lane <sup>1</sup>. Die bekennende praktizierende Joga-Anhängerin, die als Ausnahmeerscheinung auf der Bühne der Weltpolitik agiert, wird wahrscheinlich die Politik Mario Draghi's fortsetzen und als Französin die Interessen der verschuldeten Mittelmeerstaaten vertreten. Madame L. wird voraussichtlich nicht von der Null-Zins-Politik abweichen, denn ansonsten würden die hochverschuldeten Euroländer nicht von ihren Schulden herunterkommen (oder aber ließen sich deren Schulden nicht finanzieren). Längst ist die Zeit vorbei, als die EZB nur über Zinsen in Europa entschied. Wer darunter leiden wird, ist eine klare Sache – der Sparer. Wenn Ch.L. den Chefsessel des IWF (Internationaler Währungsfond) in Washington mit dem der EZB in Frankfurt tauscht, wird sie die mächtigste Herrscherin über Banken, Finanzmärkte und Staatshaushalte. Längst ist die Zeit vorbei, als die EZB nur über Zinsen in Europa entschied. Heute sind milliardenschwere Anleihekäufe, mit denen Staatshaushalte finanziert werden. Durch billionenschwere Anlagenkäufe finanziert sie auch die Staatshaushalte, durch den Erwerb von Unternehmensanleihen drückt sie die Finanzierungskosten für die Betriebe nach unten und mit ihrer Aufsicht über die großen Banken kontrolliert sie deren Geschäftsgebahren und Kapitalstruktur. Ein Drittel aller ausstehenden Staatsanleihen hält die EZB in ihrer Bilanz. Auch wenn sie wie die anderen Mitglieder nur eine Stimme hat (es sei denn, der Fall der Stimmparität tritt ein; dann hat sie ein doppeltes Stimmrecht), werden ihre öffentlichen Aussagen widerspruchslos hingenommen, um die Märkte nicht zu verunsichern. Ch.L. wird die Politik des lockeren Geldes weiter fortsetzen, weil die Konjunktur in der Eurozone eingetrübt ist und im 2. Quartal 2019 nur ein Wachstum von 0,9% hatte. Hinzu kommt, dass die Inflation schwächelt (Teuerungsrate z.Zt. 1,2%; also weit entfernt vom Zielwert von ca. 2%). Senkt die US-Notenbank den Leitzins, würde der Euro aufgewertet und die Importe verbilligt. Sollte die EZB die Zinsen anheben, würden die Schuldenquoten (z.B. in Italien und Griechenland) nach oben durch die Decke schießen. Die Banken sowie die EZB müssten dann die Staatsanleihen in den Bilanzen abschreiben. Die Finanzinstitute kämen ins Taumeln und wer müsste retten – der Steuerzahler. Mittlerweile haben sich viele Industrien an das billige Geld gewöhnt und ihre Kalkulationen darauf aufgebaut. Bei der derzeitigen Situation ist also damit zu rechnen, dass am 25. dieses Monats die Notenbank den Einlagezins für Banken nochmal weiter ins Minus drückt, nämlich um 0,2% auf -0,6%. Das ist zwar gut für (zinsloses) Gold, allerdings schlecht für die Volkswirtschaft. Nach Berechnungen der DZ-Bank haben private Haushalte in Deutschland in den vergangenen 10 Jahren 648 Mrd. Euro an Zinserträgen bei Einlagen, Anleihen und Versicherungen eingebüßt. Gegenüber stehen Zinersparnisse bei Krediten von lediglich 290 Mrd. Euro (also ein Nettozinsverlust von 358 Mrd. Euro). Billiggeld verleitet zu dubiosen Investitionen, die sich später als Rohkrepierer entwickeln können. Damit wäre die nächste Krise vorprogrammiert. Mit dem billigen Geld ist es wie bei der Palliativmedizin (der Schmerz unrentabler Unternehmen (-Zombie) wird gelindert, aber die Ursache des Leidens nicht beseitigt). Bei den Minizinsen flüchten Investoren in Aktien, Grundstücke, Häuser und Rohstoffe. Der Preisanstieg würde aber auch deren Renditen nach unten drücken. Das

<sup>1</sup> Philip R. Lane (\* 27. August 1969) ist ein irischer Ökonom und seit dem 26. November 2015 Gouverneur der irischen Zentralbank.

bedeutet, dass die Geldanleger nicht mehr zum Sparen bereit sind und Investoren keinen Anreiz zum Investieren sehen. So bleibt die einzige Möglichkeit die des schnellen Konsums, was die Kapitalbestände der einzelnen aufzehren würde. Eine Zentralbank, die den Zins auf niedrigstes Niveau drückt, erzeugt keinen Wohlstand, sondern wirtschaftliche Zerrüttung. Von den geldpolitisch aufgepumpten Kursblasen würden ausschließlich die Vermögenden partizipieren. Die leisen Rufe nach Verstaatlichung würden dann immer lauter. In den letzten Wochen konnten wir es in der Presse nachlesen und wurden durch die Medien informiert, dass man eine Enteignung des Wohneigentums nicht ausschließen kann. Die Bundesjustizministerin (SPD, Christine Lambrecht) will bis Spätsommer einen Gesetzentwurf zur Verlängerung und Verschärfung der Mietpreisbremse ins Kabinett bringen. Vorsorglich erwähnte sie bereits: „Die Enteignung ist eine Möglichkeit, die im Grundgesetz verankert ist“.

## CO<sub>2</sub>

Alles, was im Augenblick in Deutschland unter „Klimadebatte“ steht, ist für Arnold Schwarzenegger ein „alter Hut“. Als er noch Gouverneur von Kalifornien war, orientierte er sich an Europa und setzte sein Programm gegen alle Anfeindungen um. Über den **Emissionshandel** (man muss Genehmigungen ersteigern, wenn man über dem erlaubten Emissionswert liegt) nimmt der Staat Geld ein und steckt es in Projekte, die langfristig die Emission reduzieren. Einen Teil hat der einzahlende Bürger (halbjährlich) zurückbekommen. Die Befürchtungen der kalifornischen Wirtschaft waren unbegründet, denn sie wuchs von 2004 bis 2016 um 26%, während in dieser Zeit die Emissionen um 13% sanken. Was tut die GroKo bei diesem Thema – sie streitet. Während die SPD eine CO<sub>2</sub>-Steuer fordert (die Umweltministerin Svenja Schulze will die Kraftstoffe, Heizöl, Erdgas höher besteuern), will die Mehrheit der CDU/CSU eine Ausweitung des EU-Emissionshandels. Vielleicht ist es aber auch möglich, dass die regierenden Parteien das gemeinsam vorbereitete gesamte Klimaschutzpaket im September beschließen.

Dann ist überall das Zauberwort E-Autos zu hören. Grundsätzlich muss man festhalten, dass diese fahrbaren Untersätze nur so sauber sind, wie der Strom, den sie tanken (entscheidend z.B. erneuerbare Energiequellen wie Aufpflanzung von Bäumen). Lt. UBA (Umweltbundesamt) spart ein E-Auto von der Herstellung bis zur Entsorgung ca. 20% CO<sub>2</sub>. Bis 2025 sollen es ca. 40% sein. Der ADAC kündigt für den Herbst dieses Jahres eine Studie mit aktuellen Zahlen an.

Abschließend zu den „Klima-Talibanen“, die also mit der Doppelmoral. Bei einer kürzlichen Demo gegen die Abholzung des Hambacher Forstes verwüsteten sie ein bereits bepflanztes Feld. In der Politik zeigt der bayrische Ministerpräsident Markus Söder Flagge und fordert schnellen Kohleausstieg (zum Leidwesen seines Amtskollegens Michael Kretschmer aus Sachsen). Selbstverständlich ist M.S. für die saubere Umwelt und deshalb kein Endlager für Atommüll in Bayern. Solange wir Klimaschutz bei anderen einfordern und bei Rettung der Welt nicht bei uns selbst (jedem einzelnen) anfangen, wird das in der Zukunft nichts.

## GroKo (Große Koalition)

In unserer Information des vergangenen Monats schrieben wir, dass unserer Meinung nach die große Koalition (noch in diesem Jahr) als Auslaufmodell anzusehen ist. Die GroKo ist bereits eine KleinKo und der SPD-Virus ist auch bereits auf CDU/CSU übergesprungen. Man ist in der

Sommerpause und wird wahrscheinlich nicht mit neuen Kräften an künftige Regierungsarbeit zurückkehren. Lediglich der Selbsterhaltungstrieb hält die GroKo noch zusammen. Eine weitere schwere Belastungsprobe vergiftete das Berliner Bündnis mit der Nominierung von Ursula von der Leyen. Ein Großteil der deutschen Unternehmen sieht den Handlungsreisenden in Sachen Wirtschaft (China, USA, Westbalkanstaaten u.a.m.) Peter Altmaier als Fehlbesetzung im Kabinett. Von Rainer Dulger (Gesamtmetallpräsident) bekäme er bei einer Vergabe nach Schulnoten eine glatte Fünf (mangelhaft). Und dieser P.A. hatte sich Hoffnung auf einen Spitzenjob in Brüssel gemacht. Da sich allerdings U.v.d.L. bereits auf den EU-Platz gesetzt hat, wird er uns wohl als politische „Allzweckwaffe“ im Kabinett erhalten bleiben. Dann gäbe es vielleicht für ihn auch die Möglichkeit, die Interessen des Mittelstandes und nicht ausschließlich die der Großindustrie zu vertreten.

Auch unser Bundesfinanzminister Olaf Scholz scheint nicht über den Tellerrand zu sehen. Obwohl es seit September 2018 einen fertigen Plan für ein „**Unternehmenssteuerstärkungsgesetz**“ gibt, wird er nicht umgesetzt. Der Druck für deutsche Unternehmen im internationalen Steuerwettbewerb wird schärfer.

Das Grundgesetz regelt die Aufgaben von Bund und Land, also den **Föderalismus**. Da die Länder Schulden aufgehäuft haben, beteiligt sich der Bund mit 80 Mrd. Euro für Kitas, Sozialhilfe, innere Sicherheit, schulische Bildung u.a.m.. Wenn künftig „betreutes Leben“ der mündigen Bürger Sache des Bundes ist, steuern wir darauf zu, die Länder künftig nicht mehr zu brauchen.

Als im Dezember 2013 Horst Seehofer gefragt wurde, ob der neue Verkehrsminister an der **PKW-Maut** scheitern könnte, sagte er in der ihm bekannten Art: „Ein Alexander Dobrindt scheitert nicht“. Jahrelang schwelte der Streit über die Ausländermaut, aber trotz Warnung und Aufforderung, das Projekt auf Eis zu legen, lehnte das Ministerium ab. Dann kam der neue Minister Scheuer mit der gleichen Gangart wie Dobrindt. Er hatte bereits 1,5 Mrd. Euro Einnahme aus der Ausländermaut fest im Verkehrsetat eingeplant. Er allerdings hatte nicht mit dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gerechnet, der im Juni dieses Jahres sein Veto einlegte, weil es nicht mit dem EU-Recht vereinbar ist. Statt demutsvoll seinen Ministerhut zu nehmen und abzudanken, flüchtete er sich in juristische Klimmzüge. Wahrscheinlich wird er ein Verfahren provozieren, dass erst in einigen Jahren entschieden wird, wenn er schon längst nicht mehr Verkehrsminister ist. Die gescheiterte PKW-Maut hat von 2014 bis 2019 knapp 54 Mio. Euro verursacht. Es müssen hunderte Planstellen abgebaut werden. Entschädigungszahlungen aufgrund der Kündigung des Betreibervertrages stehen noch nicht fest (Schätzungen sagen über 300 Mio. Euro). Trickreich sucht Minister Scheuer noch alle Schuld bei anderen und wendet juristische Winkelzüge an. Wenn ihm allerdings die Luft ausgeht, wird er die „Verantwortung übernehmen“ und gehen. Für den verantwortungslosen Umgang mit Steuergeldern wird ihn wahrscheinlich keiner haftbar machen können. Schlussendlich zahlt die Zeche (wie immer) der Steuerzahler. Zwischenzeitlich hat der Grünen-Politiker Stephan Kühn Klage eingereicht, damit der Verkehrsminister die PKW-Maut-Verträge mit den Unternehmen Kapsch und Eventim offenlegt. Zwischenzeitlich hat Herr Scheuer diese Verträge mit mehr als 2.600 Seiten für jeden einsehbar ins Internet gestellt.

### Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs € / US-\$	Kassapreis Nickel (LME)	3 Monats-Preis Nickel (LME)	Nickel-Bestand LME to	dt. Kassapreis Nickel €/100 kg
04.01.2016	1,0790	8.515	8.565	441.342	781
03.01.2017	1,0416	10.205	10.270	372.066	982
02.01.2018	1,2005	12.690	12.730	366.612	1.052
02.01.2019	1,1448	10.440	10.530	206.400	915
01.02.2019	1,1454	12.460	12.550	201.702	1.087
01.03.2019	1,1388	13.160	13.245	196.782	1.157
01.04.2019	1,1218	13.155	13.250	182.466	1.172
02.05.2019	1,1244	12.130	12.210	173.058	1.079
03.06.2019	1,1297	12.135	12.180	168.684	1.072
01.07.2019	1,1373	12.340	12.420	161.658	1.087
23.07.2019	1,1220	14.305	14.350	146.670	1.280

### Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2018		2018		2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	03/18	620	07/18	735	664	606	627	641	662	657	655	502	→			
4301	01/18	1.290	07/18	1.647	1.274	1.228	1.351	1.430	1.450	1.380	1.362	1.382	↑			
4404	01/18	1.844	07/18	2.416	1.976	1.903	2.051	2.197	2.218	2.122	2.094	2.123	↑			
4509	03/18	733	07/18	851	797	739	759	774	794	790	788	734	→			
4521	01/18	1.081	09/18	1.265	1.217	1.131	1.143	1.198	1.221	1.214	1.207	1.138	→			
4539	01/18	3.184	07/18	4.309	3.450	3.358	3.654	3.936	3.960	3.765	3.703	3.818	↑			
4571	01/18	1.865	07/18	2.448	1.997	1.925	2.076	2.224	2.246	2.148	2.118	2.150	↑			

### Legierungszuschläge Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2018		2018		2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	03/18	744	07/18	882	797	727	752	769	794	789	786	722	→			
4301	01/18	1.548	07/18	1.977	1.529	1474	1.621	1.716	1.741	1.656	1.634	1.659	↑			
4310	01/18	1.466	07/18	1.855	1.447	1390	1.523	1.610	1.634	1.557	1.538	1.552	↑			
4310 Mo	01/18	1.554	07/18	1.977	1.593	1526	1.654	1.754	1.777	1.701	1.680	1.689	↑			
4404	01/18	2.212	07/18	2.900	2.371	2283	2.461	2.636	2.661	2.547	2.512	2.547	↑			

## Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2018		2018		2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	11/18	380	05/18	430	320	350	350	355	350	310	340					
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	12/18	870	04/18	1.230	940	1.050	1.100	1.070	980	970	1.080					
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B.4404/4571	01/18	1.420	04/18	1.690	1.420	1.500	1.600	1.570	1.500	1.500	1.600					

\*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

## In eigener Sache

Wir haben unser Lieferprogramm weiter ausgebaut und bieten Ihnen jetzt auch Werkstoffe für spezielle Anwendungsbereiche an. Hierzu gehören insbesondere die Präzisionsbandstähle 1.4568 und 1.4419 sowie unsere Sondergüte KGW1500. Diese Werkstoffe kommen dann zur Anwendung, wenn die Eigenschaften des 1.4310 nicht ausreichend sind (1.4568 und 1.4419). Unsere Eigenmarke KGW1500 ist nur geringfügig schwächer korrosionsbeständig als 1.4310, bietet aber auf Grund der Unabhängigkeit von Legierungszuschlägen einen Preisvorteil. Gerade aktuell steigen die Nickelpreise auf Grund zusätzlicher Bedarfe in der Elektromobilität und auf Grund politischer Verwerfungen sehr deutlich (aktuell ca. 14.700 US-\$/mt.), was sich in steigenden Legierungszuschlägen bemerkbar machen wird.

Mit dieser Ergänzung unseres Portfolios betonen wir unsere Fokussierung auf Werkstoffe mit besonderen Anforderungen, welche es - wie z.B. den 1.4568 - bisher nicht auf dem deutschen Markt gegeben hat.

Außerdem bieten wir unseren Kunden durch die Möglichkeit der abmessungsspezifischen Lagerung eine kurzfristige Verfügbarkeit und unterstreichen damit unsere Kompetenzen in der Versorgung von Herstellern von Werkzeugen und anderen Verwendungen.

Gerne stehen Ihnen unsere Ansprechpartner für weitere Auskünfte zur Verfügung.

**Das KGW-Team**